

Zeige.

erwandten, Freunden  
er lieber, guter, treu-  
liegender, und Groß-

Roller

lafermeister

er Krankheit sankt in  
inen beiden im Felde  
abgefolgt ist.

Hinterbliebenen:

Koller geb. Bihler.

Montag 1/2 Uhr.

Zeige.

n, Freunden und Be-  
liche Mitteilung, daß  
tter, Schwiegermutter

Wurster

ormittag nach kurzer

ochter Katharine  
riedrich Bürke.

Sonntag nachmittag

Zeige.

ir trauige Nachricht,  
chwester, Schwägerin

Wwe.

actiert rasch durch den

Hinterbliebenen

Renz mit Fran,

am. 1/2 Uhr.

ottesdienst-Ordnung.

Ev. Gottesdienst.

an 2. Sonntag n. Erschei-

fest 18. Januar 1920.

10 Uhr Predigt. (Otto.)

11 Uhr Jugendgottesdienst.

12 Uhr Vorbereitungsgottes-

dienst & Konfirmation (Schäfer).

13 Uhr Erbauungsstunde fällt

an der Weihnachtsfeier

des Männervereins aus.

14 Uhr, den 21. Januar.

15 Uhr Bibelstunde (Matth. 3.

20) L. Vereinsf. (Schäfer).

16 Uhr, Kathol. Gottesdienst.

17 Uhr, Sonntag, 18. Jan. 1/2 Uhr

Gottesdienst in Rohrdorf. 1/2 Uhr

Gottesdienst in Nagold.

18 Uhr, Kathol. Gottesdienst.

19 Uhr, Sonntag, 18. Jan. 1/2 Uhr

Gottesdienst in Nagold.

20 Uhr, Kathol. Gottesdienst.

21 Uhr, Sonntag, 18. Jan. 1/2 Uhr

Gottesdienst in Nagold.

Erzheim an jedem Werk-  
tag. Bestellungen nehmen  
Kathol. Postamt  
und Volksboten entgegen

Preis vierteljährlich hier  
mit Zehrlohn M. 4 50  
anwarts M. 4 80  
einschl. der Postgebühren.  
Monatlich nach Verhältnis

Anzeigen-Gebühr für die  
einmalige Seite aus ge-  
wöhnlicher Schrift oder  
deren Raum bei einma-  
liger Einrückung 25 Pfg.  
bei mehrmaliger, Rabatt  
nach Tarif. Bei gerichtl.  
Bekanntmachung u. Konkursen  
ist der Rabatt hinfällig.

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold Nagolder Tagblatt

Geegründet 1820

Januarpreis 20

Verbreitete Zeitung im  
Oberamtsbezirk. — An-  
zeigen sind daher von  
bestem Erfolg.

Es wird keine Gewähr halt  
übernommen, daß Anzeigen  
über Personen in bestimmten  
Anzeigen oder an der ge-  
wöhnlichen Stelle erscheinen.  
In Fällen von höherer Be-  
deutung behält sich das Ver-  
lagshaus die Befugnis vor,  
die Anzeigen zu verweigern  
oder die Anzeigen zu ver-  
ändern. — Verantwortlich  
für Inhalt: Verleger.

Telegraphische Adressen:  
Gesellschafter Nagold.  
Verlagskonto:  
Stuttgart 5113.

Nr. 14

Montag den 19. Januar 1920

94. Jahrgang

### Der Inhalt des 3. Bandes von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen.

Stuttgart, 16. Januar. Im 3. Band von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen sind im ganzen sechs Briefe des Kaisers enthalten; davon bilden die drei im ersten Kapitel eine Gruppe: ein Brief vom 19. Dezember 1887, einer vom 21. Dezember 1887 und einer vom 14. Januar 1888. Auf die beiden ersten Briefe hat Bismarck geantwortet. Die Antwort ist auch in dem Werk enthalten. Der dritte Brief bildet die Replik auf den Bismarckbrief. In dem ersten Brief überreicht Prinz Wilhelm dem Kanzler ein Schriftstück, das er im Hinblick auf die, wie er sagt, „nicht unumgängliche Eventualität eines baldigen Ablebens seines Vaters und Großvaters“ bei der preussischen Gesandtschaft hinterlegen wollte, nämlich einen Erlaß an seine künftigen Kollegen, die deutschen Reichsfürsten. Dieses Schreiben hat Bismarck zunächst gar nicht beantwortet. Dann hat in einem zweiten Schreiben vom 21. Dezember 1887 Prinz Wilhelm gegenüber dem Kanzler seinen Plan gerichtet, zu Gunsten der inneren Mission ein Komitee zu bilden, das sich über ganz Preußen erstrecken würde und das im Zusammenhang mit Stürzen Kämpfe. Bismarck hat davon abgeraten. In diesem Briefe sagte Prinz Wilhelm u. a.: „Meine warme Verehrung und herzliche Anhänglichkeit für Eure Durchlaucht sollte mir nahe sein, daß ich mich bei diesem Werke auf keine politischen Parteigedanken eingelassen habe.“ Diese beiden Briefe hat Bismarck mit einem Brief beantwortet, der viele Seiten lang ist. Bismarck sagte darin, Prinz Wilhelm könne nichts Klügeres tun, als den vorbereiteten Erlaß an die Fürsten alsbald dem Feuer zu übergeben. Dann schied er sich in weiteren Ausführungen über die Leute im Saal aus: „Nun folgt das Schreiben des Prinzen Wilhelm vom 14. Januar 1888, das die Replik auf diesen Brief ist. Auf seinen Erlaß an seine Kollegen auf den deutschen Thronen kommt der Prinz nicht mehr zurück. Es ist also anzunehmen, daß er einleuchtend hat, wie recht Bismarck hatte und er wird wohl den Erlaß verbrannt haben. Im übrigen besaßte sich der Brief wiederum mit der Stadtmission; er schlägt dabei ein Kompromiß vor. Bismarck, der, wie an einer anderen Stelle des Werks gesagt worden ist, „überhaupt nicht mit Worten ist mit Briefen des damaligen Prinzen Wilhelm“, dürfte diese drei Briefe an die Spitze des 3. Bandes gestellt haben, weil in ihnen der Widerspruch Bismarcks gegen die Pläne des Prinzen Wilhelm in Beziehung auf den Erlaß beim Thronantritt und auf die innere Mission enthalten ist und darin die Wurzeln des Zerwürfnisses zwischen Kaiser und Kanzler gelegen ist. Das Werk enthält sodann noch einen weiteren größeren Brief von dem inzwischen Kronprinz gewordenen Prinzen Wilhelm. Dieser Brief bezieht sich im Eingang und im Schluß damit, daß Bismarck dem Prinzen Wilhelm seine Handbemerkungen ausgeteilt habe, die er schon damals auf den Thron zu machen pflegte. Prinz Wilhelm versprach dann, am Anfang und am Schluß des Briefs, solche Handbemerkungen in Zukunft zu unterlassen. Weiter hat Bismarck ausgestellt, daß unbedenkliche militärische Elemente einen Krieg gegen Rußland für angebracht hielten und den Kronprinz geortet, daß er sich davon beeinflussen lasse. Demgegenüber hat der Kronprinz auf bestimmte seine friedfertige Gesinnung verweist, wie auch seine Abneigung gegen jeden Präventivkrieg, selbst wenn der Generalstab sich für verpflichtet erachtet, auf einen günstigen Zeitpunkt vom militärischen Standpunkt aus aufmerksam zu machen. Dabei spricht der Kronprinz auch aus, wie richtig es gewesen sei, 1871 Milde gegen Frankreich walten zu lassen, was vielleicht vom militärischen Standpunkt aus falsch, vom politischen aber das Richtige gewesen wäre. Neben diesen 4 großen Briefen sind noch zwei kleine Briefe enthalten, der eine enthält nur einen Neujahrswunsch, der nur wiedergegeben wird, weil es der letzte Neujahrswunsch war und er über die Bestimmung des Kaisers gegenüber Bismarck Aufschluß gibt. Endlich wird noch ein Brief wiedergegeben, von dem es wenige Seiten vorher heißt, daß er „durch alle Ähren gegangen“ sei und der nachher in dem Verabredungsprotokoll aufgenommen worden ist. Endlich sind noch zwei Briefe des ehemaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm in dem Werk enthalten; der eine bezieht sich mit der Erziehung des Kaisers und zeigt, welche ersten Gedanken der Vater über das Wesen des Sohnes hatte; der zweite Brief bezieht sich mit dem Plan der Erhebung des Großherzogtums Baden zum Königreich, welchen der Kronprinz Friedrich Wilhelm, der spätere Kaiser Friedrich, abweist. Dieser zweite Brief scheint deshalb in das Werk aufgenommen worden zu sein, um zu zeigen, woher die Abneigung des späteren Großherzogs von Baden gegen Bismarck kam. Der erste Brief des Kaisers Friedrich steht an der Spitze des 3. Bandes auf der ersten Seite und wird bewußt offenbar herausgearbeitet, um zu zeigen, welche Ansicht der Vater über das Wesen des Sohnes hatte.

### Der Prozeß um den 3. Band von Bismarcks Erinnerungen.

Stuttgart, 16. Jan. Der ehemalige Kaiser Wilhelm II. hatte gegen den Cotta'schen Verlag beim Landgericht Stuttgart eine einstweilige Verfügung erwirkt, wodurch die Herausgabe des 3. Bandes von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen verboten wurde. Gegen diese Verfügung erhob der Verlag Cotta Widerspruch, worüber heute vor dem Landgericht Stuttgart verhandelt wurde. Zu Beginn der Verhandlung protestierte der Vertreter des Verlags Cotta, Rechtsanwalt Dr. Kielmeyer, gegen eine drohende Vertagung der Verhandlung wegen formaler Einwendungen und Fehler bei der Zustellung des erwähnten Gerichtsbeschlusses. Der Vertreter des Kaisers, Rechtsanwalt Dr. Schott, stellte sich auf den Standpunkt, nach der bestehenden Rechtsprechung seien Originalgebührenpässe, die schriftlich niedergelegt sind, durch Urheberricht geschützt, deshalb sei der Verleger und dessen Erben berechtigt, die Veröffentlichung zu verbieten. Wenn die Veröffentlichung der Briefe angeblich dazu dienen solle, Angriffe des Kaisers auf den Fürsten Bismarck zu widerlegen, so habe darüber nicht der Verleger zu entscheiden, sondern nur die Familie Bismarck zu befinden. Diese sei aber mit der Veröffentlichung nicht einverstanden und selbst Bismarck würde im jetzigen Augenblick in das Geschick der Meute nicht einstimmen sondern die Ausgabe unterliegen. Rechtsanwalt Dr. Kielmeyer fragte kurz den Inhalt der Briefe und erklärte, der Cotta'sche Verlag denke groß genug, um nichts gegen das Wohl des Vaterlandes und die Person des Kaisers zu unternehmen. Es sei nichts in dem Werk enthalten, was irgendwo den Kaiser als Kriegsdurchführer Mann hätte hinstellen können. Der Kaiser sei schließlich beraten, wenn er die Veröffentlichung unterdrücken wolle. Rechtsanwalt Dr. Kielmeyer machte weiter geltend, der Inhalt der Briefe sei die wichtigste Auseinandersetzung zwischen Kaiser und Kaiserin, die jemals in der deutschen Geschichte stattgefunden habe. Wenn der Kaiser in einem Brief auch einmal sagte: „Wenn Feinde kommen werden, werde ich zeigen, daß Friedrich der Große mein Ahnherr war“, so zeige im übrigen doch das Werk die friedlichste Gesinnung, die dem Kaiser selber innegewohnt habe. Wenn die Briefe auf Grund des Urheberrechts unterdrückt würden, würde dies auf alle Zeiten geschehen. In den Untersuchungen der Gutachter des Kaisers sei völlig außer acht gelassen, daß der Empfänger der Briefe diese veröffentlichte, um sich vor dem deutschen Volk und dem Forum der Geschichte zu rechtfertigen. Wenn hätte es einen geeigneten Zeitpunkt geben können als jetzt? Die Verhandlungen mit den Erben Bismarcks schwebten noch. Als Vertrauensmann Bismarcks habe der Verlag nicht nur das Recht sondern auch die Pflicht zur Veröffentlichung. Inzwischen seien Hunderte von Kaiserbriefen an den Kaiser an den Tag gekommen, in denen einem es heiße: „Da wüßt einsehen, wie recht ich gehabt habe, diesen unabhängigen Mann mit seinem niedrigen Charakter fortzuschicken.“ So gut der alte Bismarck heute das Recht gehabt hätte, mit den Briefen herauszutreten, so gut habe auch der Verlag das Recht. Vor einem Jahr habe die Mutter des Kaisers noch nicht volljährigen Kaisers Bismarcks gegen die Veröffentlichung Verwahrung eingelegt. Die Verhandlungen wurden dann abgebrochen. Aus freien Stücken habe die Kaiserin Bismarck im Juli v. J. die Verhandlungen wieder aufgenommen und man habe sich geeinigt, daß das Werk herauskomme. Einigkeit habe auch darüber geherstet, daß das Verlagshonorar für den 3. Band, soweit es der Familie Bismarck zukomme, wohlwärtigen Zwecken zugute kommen soll. Erst nach der Ankündigung des Erscheinens habe die Kaiserin Bismarck den Verlag anzustimmen verweigert. Seit Monaten sei mit der Familie Bismarck nicht mehr korrespondiert worden. Es sei nicht der mindeste Zweifel, daß jetzt auch der Kaiser Bismarck die Pflicht fühle, mit diesem Werk herauszutreten, nachdem sein Großvater der Verräterei beschuldigt und als unabhängiger Mann von niedrigem Charakter bezeichnet worden sei. Das Werk liege übrigens schon in Schweden und sei ins Schwedische übersetzt. Ein Verbot für Deutschland hätte nur die Folge, das es in Schweden zuerst herauskomme. Der Verlag habe dem Kaiser angeboten zu warten wegen der Auslieferungsverhandlungen mit Holland. Jedemal habe der Vertreter des Kaisers erklärt, zu einem Vergleich nicht ernüchtert zu sein. Der Verlag würde zu einem Vergleich bereit sein. Rechtsanwalt Dr. Schott erklärte, keine Ermächtigung zu einem Vergleich zu haben. Die Verhandlungen darüber würden in Berlin geführt. Die Familie Bismarck sei mit der Veröffentlichung nicht einverstanden. Fürst Otto Bismarck habe in dem im Vorjahr geschlossenen Vertrag dagegen protestiert, aber erklärt, daß er keine weiteren Schritte ergreifen werde. — Das Gericht setzte den Streitwert auf 500 000 M. fest. Der Gerichtsbescheid wird am Samstag, 24. Januar, vormittags 9 Uhr verkündet.

### Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 16. Jan. Zunächst stehen 54 kurze Anfragen zur Erledigung, von denen eine große Reihe nicht erledigt werden kann, da entweder die betreffenden Abgeordneten, oder die zuständigen Regierungsvertreter nicht anwesend sind. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Mittelmann (DVP) über die Zurückhaltung des Admirals v. Reuter und anderer Offiziere der Scapa Flow-Mannschaften erklärt Legationsrat Dr. Marcus, es werde damit gerechnet, daß, nachdem England die Verletzung der Flotte nicht als Kriegsverbrechen ansehe, die Heimführung nunmehr in kürzester Frist erfolgen werde. Von einem neuen Notenwechsel glaube die Regierung Abstand nehmen zu können. In Beantwortung weiterer kleinerer Anfragen erklärt die Regierung u. a., daß unsere Kriegsakademien und Kadettenanstalten in Zivilinternate umgewandelt werden. Nach Aufhebung der Institute, für die alle Vorbereitungen getroffen worden seien, würden die Gebäude wahrscheinlich für Schulzwecke Verwendung finden. Die Abgabe der in den Harburger Zellfabriken vorhandenen Mengen von Zellulose an die Landwirte sei in die Wege geleitet, stöde aber infolge der durch die teuren Rohstoffe steigenden Preise. Hieran wird die 2. Beratung des Betriebsrätegesetzes fortgesetzt. Berlin, 17. Jan. Die Nationalversammlung beendete gestern nach mehr als 13stündiger Sitzung gegen 1/11 Uhr abends die zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes. Die einzelnen Paragraphen wurden im wesentlichen nach den Beschlüssen des Ausschusses gegen die Stimmen der Rechts- und der Unabhängigen angenommen. Die dritte Lesung des Betriebsrätegesetzes kann wegen des Widerspruchs der Unabhängigen nicht heute Samstag stattfinden und wird daher in einer besonderen Sitzung am Sonntag mittag um 12 Uhr erfolgen.

### Tagess-Neuigkeiten.

#### Unsere Ernährungsfrage.

Dresden, 16. Jan. In der gestrigen Sitzung der sächsischen Volkskammer führte der Arbeitsminister Schwarz in Beantwortung einer Interpellation betreffend die Ernährungsfrage u. a. aus: Behauptungen, als ob wir schon morgen nichts mehr zu essen hätten, sind maßlos übertrieben. Seit einem Jahr sind wir 365 Mal zusammengebrochen, wenn die Zeitungsnachrichten recht hätten. Diese Zusammenbruchstheorie habe einen Teil der Schuld, daß die Teuerung fortbesteht. Allerdings werden wir mit den heimischen Erzeugnissen bis in die nächste Ernte nicht hinüberkommen können. Die schwersten Tage werden im Hochsommer kommen. Wir sind in dieser Hinsicht auf das Ausland angewiesen. Weiter führte der Minister aus: Die übertriebene Furcht, daß wir finanziell zusammenbrechen müßten, wenn wir die Löhne steigern, teile ich nicht. Steigen die Preise um 50%, dann müssen auch die Löhne steigen. Wir werden am Ende dieses Jahres Löhne haben, die heute geradezu phantastisch klingen würden. Die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes hängt nicht davon ab, im Ausland wieder das Vertrauen zu finden, daß wir mit ihm in Geschäftsverbindung treten können. Wer da glaubt, durch Propaganda der Gewalt etwas zu erreichen, der herlichlich nicht, daß bei einem Zusammenbruch in erster Linie der die Fische bezahlt, der heute schon am schlechtesten gestellt ist.

Berlin, 17. Jan. Wie der „Berliner Volksanzeiger“ zur Ernährungsfrage äußert, werden demnächst direkte Verhandlungen von dem deutschen Städtebund, den Gewerkschaften und Konsumvereinen mit den landwirtschaftlichen Verbänden eingeleitet werden. Nachdem die letzten Besprechungen im Wirtschaftsministerium vorherhand anstandslos gewesen seien, da Reichswirtschaftsminister Schmidt sich Widerungen der Ernährungsfrage gegenüber ablehnend verhalten habe, habe man sich nach längerer Beratung auf eine engere Kommission geeinigt, die am 21. Januar zusammentreten werde, um die Lösung des Problems zu beraten. Außer dem Reichswirtschaftsminister würden die Vorstände der Reichsgetreide- und der Rartoffelstelle daran teilnehmen. Die Landwirtschaft entsende hierzu Vertreter der im Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft zusammengefassten Verbände.

Zur Ernennung der deutschen Geschäftsträger im Ausland heißt es im „Berliner Tageblatt“: Landsberg, der für Brüssel ernannt ist, gehörte der Delegation an, welche mit Brodbeck-Rannau nach Versailles ging, u. trat mit Scheidemann aus der Regierung aus, als die Nationalversammlung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages erklärte. Unbestreitbar ist dieser ehemalige Rechtsanwalt einer der bedeutendsten und klügsten Männer in der Sozialdemokratie. Brüssel ist kein diplomatischer Posten ersten Ranges, aber ein sehr wichtiger Beobachtungsposten und viele Jaden laufen dort zusammen. Oberst Kerner, der nach Haag geht, war vor dem Kriege in London, wo er sich mit einer Engländerin aus einer der ersten englischen Familien verlobte. Während des Krieges war er Militärattaché bei der Gesandtschaft in Haag und er zeigte in dieser Stellung Voraussicht u. Tact



Erlassen der Situation. Lucius, der von Stockholm nach Rom verlegt wird, hat in Stockholm während des Krieges die allein richtige Politik vertreten u. durch seine Beziehungen zu dem mächtigen Minister Wallenberg Vorteile erreicht.

### Volk, hilf Dir selbst!

In einer mehrheitssozialistischen Versammlung in Köln, in der er über das Thema "Wo stehen wir?" sprach, betonte Landsberg, daß keine Regierung, auch die parlamentarisch demokratischste nicht, einem Volk helfen könne, wenn es sich selbst nicht helfe. Jeder Volksgenosse müsse sich heute sagen: Der Staat bin ich. Der Einzelne müsse sich mit der Gesamtheit eins fühlen.

### Die erste Sitzung des Völkerbundrates.

Paris, 17. Jan. Die erste Sitzung des Völkerbundrates wurde gestern Nachmittag im Ministerium des Aeußeren abgehalten. Von bekannten Persönlichkeiten waren u. a. anwesend: Lord Curzon, Matsui, Benizelos, Ferrarri, Gungahms, Graf Drummond, Nag, der belgische Botschafter, die Gesandten von Schweden, Norwegen, Dänemark, Griechenland und der Schweiz, der polnische Außenminister der tschecho-slowakische Geschäftsträger und die chinesischen und holländischen Delegierten. Nachdem Leon Bourgeois die Sitzung eröffnet hatte, hat er die Versammlung, zur Wahl des Präsidenten zu schließen. Benizelos schlug hierauf Leon Bourgeois vor, welchem Vorschlag sich Lord Curzon anschloß, wobei er erklärte, daß Bourgeois zusammen mit Lord Grey der Vater des Völkerbundesgebauens sei. Bourgeois nahm mit Dank die Wahl an und führte aus, daß die große Ehre weht dem Lande gelte, das er vertritt, als ihm persönlich. Bourgeois lud hierauf Drummond ein, sein Amt als Sekretär des Rates anzunehmen. Sodann hielt er die Eröffnungsrede, worauf Lord Curzon und Ferrarri sprachen. Während der Rede Ferrarri traten Lloyd George und Lord Grey in den Saal. Nach der Rede des brasilianischen Gesandten forderte Bourgeois den Rat auf, drei Mitglieder der Kommission zu ernennen, die mit der Festlegung der Grenzen des Saarbeckens betraut werden wird. Das vierte und das fünfte Mitglied dieser Kommission wird durch Deutschland ernannt. Bourgeois schlug den englischen Obersten Bace, den belgischen Major Lambart und den japanischen Major Kobaiashi vor. Der Vorschlag wurde angenommen. Der Rat beschloß, die nächste Sitzung in London abzuhalten. Der Zeitpunkt wird von Bourgeois festgesetzt. Die Sitzung wurde hierauf aufgehoben.

### Lenin über den Versailler Frieden.

Laut "Nieuwe Rotterdamse Courant" hielt Lenin in einer Versammlung in Moskau eine Rede, in der er sagte, der Friede von Versailles sei der härteste Schlag, den sich die Entente selbst habe zufügen können, da die kleineren Völker, die bisher die Entente als ihren Beschützer angesehen hätten, jetzt einsehen, daß sie es mit raubgierigen Völkern zu tun hätten. Wilson habe Europa wieder Freiheit noch Demokratie gebracht, und die europäischen Mächte ständen zudem in der Schuld Amerikas. Ueber die Beziehungen Sowjetrusslands zu den östlichen Völkern sagte Lenin, um die Schwierigkeiten zu überwinden, müßten die kommunistischen Methoden umgeändert werden, um sich dem östlichen Volkscharakter anzupassen. Erst wenn der Osten für den Kommunismus gewonnen sein werde, werde der Westen den Sieg des Sowjetismus anerkennen.

### Warenaustausch zwischen den Alliierten und Rußland.

Paris, 17. Jan. (Havas.) Um zur Viderung der furchtbaren Lage, in der sich die Bevölkerung im Innern Rußlands befindet, beizutragen, die von jeder Zufuhr ausländischer Manufakturwaren abgeschnitten ist, hat der Oberste Rat nach Anhörung des Berichts der Kommission, die mit dem Studium der Wiedereröffnung gewisser Handelsbeziehungen mit dem russischen Volk beschäftigt ist, beschlossen, den Austausch von Waren auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zwischen dem russischen Volk und den Alliierten und Neutralen zu gestatten.

### Politische Wochenrundschau.

Mit dem 10. Januar, dem Tage, an dem der Friedensvertrag in Kraft trat, der schon am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet worden war, hat das Volk Deutschlands erst recht begonnen. Wohl kann man seit dem Ratifikationsprotokoll endgültig sagen, der Krieg sei zu Ende, aber es ist nichts anderes als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Diesen Frieden, den uns unsere November-Regierung mit der ganzen heillosen Wirtschaft, die sie seither entfaltete, zu dem Unglück des verlorenen Krieges noch hinzugefügt hat, indem sie sich wehr- und hilflos dem Druck der Feinde beugte, diesen Frieden kann kein Deutscher als rechtmäßig anerkennen; denn er ist ein furchtbares Unrecht, und die deutschen Unterschriften sind nur erzwungen worden. Man verspricht uns jetzt, wir würden mit Hilfe des demokratischen Systems und nur mit seiner Hilfe aus dem Elend wieder herauskommen. Warten wir es ab. So wie das System jetzt beschaffen ist, glaubt kein Vernünftiger daran. Der sozialdemokratische Führer und frühere Leiter des Reichswirtschaftsministeriums, Dr. August Müller, ist es, von dem wir hören, daß der demokratische Parlamentarismus unklugbar und unmöglich sei, unsere Wirtschaft neu zu ordnen.

Unsere Belangen kommen ja nun in der Zeit von etwa 2 Monaten beim, dafür oder müssen wir Abschied nehmen von alten deutschen Gebieten im Osten, Norden und Westen, wo jetzt mit oder ohne die Abstimmung des Selbstbestimmungsrechtes fremde Grenzzeichen den deutschen Adler verdrängen. Die Reichsregierung hat sich erschöpft in tönenden Abschiedsreden. Das aber vermag uns nicht über die Gewissheit hinwegzutäuschen, daß wir in die wirtschaftliche Sklaverei geraten sind, politisch entrechtet und wehrlos am Boden liegend, ein Gespött der weiten Welt, die den Deutschen heute etwa auf die gleiche Stufe wie den Negern stellt. Die Hohe Interalliierte Rheinkommission schickt sich an, dauernd, statt auf 15 Jahre von unseren blühendsten Industriebezirken Besitz zu ergreifen, indem sie die meisten deutschen Gesetze aufhebt. Die Wiedergutmachungskommission aber zieht überall auf ihre Posten, in Berlin und in sämtlichen anderen großen Städten, gleich Fronnöbden, die für

### Zur Auslieferungfrage.

Die "Daily Mail" schreibt, daß man sich in gewissen Kreisen frage, warum die Liste der von Deutschland auszuliefernden Personen nur 800 Namen trage. Es scheint, daß diese Reduktion vorgenommen worden sei auf Grund einer peinlichen Prüfung der Liste durch die juristischen Sachverständigen, der sie unterbreitet worden sei. Diese Sachverständigen waren der Ansicht, daß die Prinzen, Marschälle und andere Personen, die die Kriegsdoperationen offensichtlich nach den Kriegsgesetzen leiteten, nicht zur Verantwortung gezogen werden dürften. Daher befänden sich der Kronprinz, Hindenburg, Ludendorff und Madenien nicht auf der Liste der Schuldigen.

### Kleine Nachrichten.

Berlin, 16. Jan. Der neuernannte geschäftliche Geschäftsträger Lord Almaron hat heute dem Reichsminister des Auswärtigen sein Beglaubigungsschreiben übergeben.

Berlin, 17. Jan. Laut "Berliner Volksanzeiger" war gestern in Wien die Alarmonachricht verbreitet, daß der Kurs der österreichischen Krone auf 1/4 Centimes gesunken sei. Nach der offiziellen Notierung steht die Krone auf 2,3 Centimes, ein Tiefstand, der bisher auf einer ausländischen Börse noch nicht zu verzeichnen war.

Brag, 17. Jan. Wie das Blatt "Demokratie" meldet, steht das neue Wehrgesetz ein Kontingent von 150 000 Mann vor und führt die allgemeine zweijährige Wehrpflicht ohne Einjährigverpflichtung ein. Im Februar sollen die vier jüngsten Altersjahre gemustert werden.

Saag, 17. Jan. "Nieuwe Courant" meldet aus Washington, daß in China ein neues Kabinett mit dem General Tsin-Yun-Peng als Premierminister gebildet wurde. Die Friedensverhandlungen zwischen Nord- u. Südchina werden wieder aufgenommen.

### Vermischtes.

350 000 Mark geraubt. Laut "Hütte", 15. Jan. Gestern vormittag wurde, der "Laurahütte" Zeitung zufolge, zwischen der Johann-Grube und der Wandenshütte der Rechnungsführer Jwan von der Theresienhütte, der Lohngeber im Wagen mit sich führte, von 4 Banditen, die den Verbleib in die Kugel fielen, durch mehrere Schüsse getötet. Der Raucher wurde schwer verletzt. Im ganzen wurden 350 000 Mark geraubt.

Das Hochwasser des Rheins. Köln, 16. Jan. Der Wasserstand des Rheines betrug heute morgen gegen 7 Uhr 9,56 Meter. Damit wird der Höchststand des letzten Hochwassers vom Jahre 1882 überschritten. Die Schulhäuser der am Rhein gelegenen Schulen werden heute morgen nach Hause geschickt, damit die Schulen für die durch das Hochwasser obdachlos gewordenen Familien bereit gestellt werden können.

Der Markkurs. Von der Friedensnotifikation erwartete man ein Steigen des Markkurses in Paris auf mindestens 50, tatsächlich ist er auf 97, gefallen und scheint immer noch nicht seinen Zielpunkt erreicht zu haben.

### Aus Stadt und Bezirk.

Magdeburg den 19. Januar 1920.

Die hiesige Volksbibliothek schickt sich an, wie den Lesern bekannt, ihren Katalog zu drucken. Derselbe soll in sämtlichen hiesigen Familien sowie in den umliegenden Ortschaften verbreitet werden; auch wird Sorge getragen, daß die in der Stadt verkehrenden Fremden auf das Büchlein aufmerksam gemacht und zur Anschaffung desselben ermuntert werden. Das wäre nun eine gute Gelegenheit für die hiesigen Geschäftsleute zu wirksamer Reklame, da nämlich dem Beispiel anderer Büchereien folgend, dem Verzeichnis einige Blätter mit Inseraten beigefügt werden sollen. Es haben sich bereits einige Firmen angemeldet; die noch fehlenden seien hiermit auch von dieser Stelle aus noch besonders auf das heutige Ausschreiben des "Gesellschafters" hingewiesen

die pünktliche Ablieferung von Zins und Kapital der Hörigen an den Herrn zu sorgen haben. Statt uns nun auf Arbeit und Sparbarkeit einzurichten, statt das mit so viel löblichen Worten verkündigte Werk des Wiederaufbaus im Zeichen der Freiheit unverzüglich zu beginnen, geben wir den höflich lachenden Feinden das erbärmliche Bild fortstreichender Anarchie.

Was anders sind die neuesten Vorgänge in Berlin? Die Nationalversammlung, die Großhölten des Volkes, beraten über das Betriebsstrafgesetz. Ein Haufe verheerter Arbeiter, untermischt mit den Großstadtkindern Berlins, will der Nationalversammlung den Willen der Kommunisten und Spartakisten aufzwingen, sucht den Reichstag zu stürzen u. muß mit Maschinengewehren in die Klucht geschlagen werden. Das kann sich jeden Tag und überall anderswo im Reich wiederholen. Im Kleinen haben wir ja im eigenen Lande. Die neuesten Demonstrationen von Brandstücken und Ebingen sind auch nichts anderes als ein Versuch, die Herrschaft der Straße in den Verwaltungen des Staates und der Gemeinden einzuführen. Uebrigens werden die wärtemb. Bahnen samt der Post rascher an das Reich übergeben, als man ursprünglich wollte; die Uebernahmekommissionen tagen schon. Dabei stehen wir wieder einmal vor einer Katastrophe wegen des Kohlenmangels, zu der sich, wenn wir nicht besonders Glück haben, rasch auch eine solche wegen der Lebensmittel gesellen dürfte.

In Bayern herrscht bereits wieder eine Personenzugsperrung. Auch wir in Württemberg stehen dicht vor einer solchen. Vom Belagerungszustand, der über ganz Norddeutschland verhängt werden mußte, sind wir im Süden ja noch verschont. Auf wie lange? Es kriechelt schwer bei uns.

Neues Hochwasser hat uns heimgesucht. Schwere Sturzschäden sind diesmal dazugekommen. Noch ungezählten Millionen bezieht sich der Windbruch in den Wäldern. Die Winterstille beginnt auf den Feldern zu tanzen. Frühlingswärme mit Zug und Donner und milde Nächte im Januar! Sind wir denn von allen guten Geistern verlassen? Einer unserer besten Schwaben, der letzte Kriegsmilitärminister, Generaloberst Otto von Marquardt, ist an gebrochenem Herzen gestorben. Er hat sich erst in Dienste, dann im Kummer um Volk und Vaterland verzehrt. Unsere Hoffnung, bei den

mit der freundlichen Bitte um baldige Anmeldung bei der Geschäftsstelle.

Staat und Kirche. Ueber das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, das mit zu den wichtigsten Bausteinen für den Wiederaufbau unseres innerstaatlichen Gemeinschaftslebens gehört, hielt am Samstag abend in einer von der hiesigen Gruppe der Deutschen Demokratischen Partei veranstalteten öffentlichen Versammlung der Abgeordnete der Landesversammlung, Herr Stadtpfarrer Lamparter-Stuttgart einen sehr interessanten Vortrag. Die Versammlung wurde vom Führer der hiesigen Demokratie, Herrn Prof. Bauer mit einer kurzen Ansprache eröffnet, in welcher derselbe darauf hinwies, daß beim Wiederaufbau eine ganze Reihe wichtiger Fragen auftauchen, die besprochen sein wollen. Es handelte sich beim Innenaufbau des Hochbaues (der noch weiterer Auffassung auf noch ziemlich unsicherem und vielfach unklarem Fundament beruht) ein Haus zu schaffen, das für alle Teile des Volkes ein wohnliches werden kann. Drei Voraussetzungen seien dafür notwendig: 1) Dieses Haus darf nicht von einem Bauherrn gebaut werden, der nachher nur seine eigenen Interessen aus diesem Haus ziehen will. Alle sollen mitbauen. Das ist die demokratische Voraussetzung dieses Neubaus. 2) Dieses Haus muß, wenn es von allen gebaut ist, auch tatsächlich von allen so betrachtet werden, daß das ganze Haus, nicht bloß der eigene Stock, die eigene Wohnung, Eigentum aller ist, und daß alle ein Interesse an der Erhaltung des ganzen Hauses, nicht bloß des eigenen Stockes haben. Das ist die deutsche, die nationale Voraussetzung des Neubaus. 3) Die Demobner des Hauses müssen einander als gleichberechtigt ansehen und dürfen nicht aufeinander heruntersehen. Das ist die soziale Voraussetzung. Von diesen Zielen sind wir noch recht weit entfernt, jedoch wir uns mit den Auf- und Ausbauforderungen noch oft zu befassen haben werden. Nicht bloß in Stuttgart oder in Berlin, sondern besonders auch auf dem Lande. Der Vortrag über Staat und Kirche soll der erste in einer Reihe von Vortragsabenden sein, in denen von bedeutenden Politikern gesprochen werden soll, an die sich eine recht lebhaftige Aussprache anschließen soll in dem Sinne, daß nicht immer das Trennende, sondern trotz aller Herabsetzung und Mächtel in dem was uns trennt, das, was uns eint im Vordergrund stehen soll. Hierauf ergriß Herr Stadtpfarrer Lamparter das Wort zu seinem Vortrag, der in gemeinverständlicher Form zunächst ein klar gezeichnetes Bild von dem geschichtlichen Werden des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche gab und in überzeugenden Ausführungen bewies, daß seit alterher das Streben der Kirche auf das eine Ziel gerichtet gewesen ist: Befreiung von der staatlichen Oberhoheit und Herrschaft. In der Gegenwart, so sagte der Redner, stirmt eine solche Menge von Sorgen über uns herein, daß es scheinen könnte, als ob es sich empfehlen würde, daß wir andere und wichtigere Fragen an der Öffentlichkeit besprechen, als gerade die Frage nach dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Trotz der furchtbaren wirtschaftlichen Notlage unseres Volkes und trotz der von der Entente uns drohenden Ausbreitung u. Verflauung soll doch die Frage nicht von der Bildfläche verschwinden. Diese Frage ist vorerst einmal grundsätzlich, aber nicht praktisch gelöst. Grundsätzlich ist sie gelöst mit einer auffallenden Uebereinstimmung der verschiedenen Richtungen u. Parteien. Die Lösung, welche einst von der Bauktirche in Frankfurt erhoben worden ist, auf Trennung zwischen Staat und Kirche, sie ist auch in der November-Revolution 1918 wieder aufgenommen worden und es hat sich gegen sie weder von staatlicher noch von kirchlicher Seite ein ernster Widerspruch erhoben. Aber nicht der grundsätzlichen Lösung dieser Frage ist noch nicht ihre praktische gegeben, und wer gemeint hat, daß die engen Bande, die seit Jahrhunderten Kirche und Staat miteinander verknüpft haben, nun durch einen Willensakt der Regierung gelöst werden können, der hat sich geirrt. Die Lösung dieser Frage wird allmählich gehen müssen auf dem Wege eines Gesetzgebungsprozesses, der hauptsächlich durch eine Reihe von Jahren sich hinziehen wird. Weitläufige Kreise unseres ganzen Volkes sind an der Frage interessiert, was sich

Gefandtschaften werde nunmehr gespart werden, war vergeblich. Unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Notwendigkeiten will man die Zahl dieser kostspieligen Versorgungsstellen vermehren. Zwar werden wir in Zukunft ganz einheitlich von Berlin aus regiert, da damit ja die Grenzgeschichten der Revolution nicht etwa durch süddeutsche Stammeseigenarten gefährdet werden, aber unsere eigenen Gefandtschaften halten wir umso kampfhafter fest, je weniger unsere eigene Regierung zu sagen hat.

In der Zentrumspartei hat sich etwas Merkwürdiges beggeben: Die bayerische Volkspartei, wie sich das Zentrum dort nennt, tut nicht mehr mit im Einheitsstaat und macht Front gegen die Zentralisierung des Reiches mit ihrer Steuer- und Wirtschaftspolitik. Der bäuerliche Mittelstand erblickt in diesen Einheitsstaat den Bringer vernichteter Laster, und es schwebt im Dunkel der Gedanke vor, irgendwie von diesen Lasten loszukommen. Man macht Front gegen die Ueberkompelung der süddeutschen Staaten, aber nicht nur in Bayern, auch in Württemberg und Baden. Die nächste Zukunft wird uns das deutlicher zeigen, wenn alle Warnungen ungehört verhallen.

In Frankreich sind jetzt auch die Senatswahlen abgehalten. Clemenceaus Mehrheit scheint unbeschränkt. Nicht mehr ganz ohne Wettbewerb aber scheint er für den Präsidentenposten an Stelle Poincarés zu sein; was nicht zur Freimaurerloge gehört, neigt einer Kandidatur des Kammerpräsidenten Deschanel zu. In Italien dürften die Tage Victor Emanuels, des Verdräts, gezählt sein. Von Norden her breitet sich ein gewaltiger Streik über das Land aus. Der Sozialismus nimmt immer radikalere Formen an. Es ist noch nicht klar zu sehen, wohin er steuert. In Rußland machen die Bolschewisten militärische Fortschritte im Osten und Süden. Odeffa am Schwarzen Meer ist in ihrer Hand. Rolfchat in Sibirien zusammengebrochen. Amerika und Japan liegen jetzt dort auf der Lauer. Je verlässlicher die Noten lauten, die sie darüber in die Presse bringen, desto gefährlicher sind ihre Tüdel. Auch Wilson läßt wieder von sich hören. Seit dem Tage, an dem der Schmachfriede ohne die Unterschrift der Ver. Staaten ratifiziert wurde, ist er wieder gesund und macht in Völkerbundgeschichten, denn es ist bekanntlich nichts so dumm, daß es nicht fänd' sein Publikum.



Anmeldung bei der  
S.  
Verhältnis zwischen  
wichtigen Baufreize  
lichen Gemeinschafts  
nd in einer von der  
ischen Partei veran  
abgeordnete der Kan  
Lamparter.  
Die Verfassun  
Demokratie, Herr  
sprache eröffnet, in  
beim Wiederaufbau  
den, die besprochen  
neuaufbau des Hoch  
auf noch ziem  
Fundament bes  
für alle Teile des  
rei Voraussetzungen  
aus darf nicht von  
r nachher nur seine  
ziehen will. Alle  
demokratische Voraus  
ans muß, wenn es  
allein so betrachtet  
per eigene Stad  
ist, und daß alle  
s ganzen Hau  
haben. Das ist die  
Renbaues. 3. Die  
als gleichberech  
ander deruntersuchen.  
Von diesen Zielen  
daß wir uns mit  
oft zu besessen  
gart oder in Ver  
ande. Der Vortrag  
einer Reihe von Vor  
enden Politikern ge  
lebhaftige Aussprache  
unter das Trennende,  
Kärheit in dem was  
bergegenüber stehen soll  
partier das Wort  
licher Form zunächst  
schlichen Werden des  
gab und in über  
it altertümlich das Stre  
bet gewesen ist: Be  
und Herrschaft. In  
mit eine solche Menge  
heinen könnte, als ob  
ndere und wichtigere  
als gerade die Frage  
nd Kirche. Trotz der  
eres Volkes und trotz  
rtung u. Verflawung  
perschwinden. Diese  
e nicht praktisch geübt  
llenden Heberestim  
arbeiten. Die Lösung,  
ankunft erhoben mor  
und Kirche, sie ist  
nieder aufgenommen  
von staatlicher noch  
pruch erhoben. Aber  
frage ist noch nicht  
st hat, daß die engen  
nd Staat miteinander  
ensatz der Regierung  
insicht. Die Lösung  
müssen auf dem Wege  
schließlich durch eine  
Weinste Kreise un  
interessiert, was sich

bei den Wahlen zur Landeskirchenversammlung erwiesen hat.  
(Schluß folgt.)  
Die Jugendgruppe der D.D.P. hielt gestern abend im „Traubenkranz“ eine Versammlung ab, in der anstelle des angekündigt gewesenen und verhinderten Redners Herr Max Stadelingen über „Jugend und Politik“ sprach. In geduldigster Fülle gab er einen großen Einblick über die Innen- und Außenpolitik und legte dar, in wieweit hohem Maße die heranwachsende Jugend nunmehr berufen und verpflichtet sei, politisch denken zu lernen. In der anschließenden Aussprache unterstrich Herr Prof. Böhler verschiedene Ausführungen des Redners und legte des Näheren die Gründe für die Notwendigkeit der politischen Betätigung der Jugend klar. Beide Vorträge konnten, wenn man so will, als eine „erste Einführung in die Politik“ angesehen werden, die in weiteren Zusammenkünften fortgesetzt werden soll. Der Gewinn des Abends, der mit einer gemächlichen Unterhaltung abschloß, bestand für die Jugendgruppe in einigen Neuankömmlingen.  
Heimgekehrt. Aus der rumänischen Gefangenenschaft zurückgekehrt ist dieser Tage Herr Rudolf Holländer, Photograph von hier. Derselbe geriet anfangs November 1918 in schwerem Kranken Zustand (Typhus) mit 40 Grad Fieber als Inasse des Lazarett-Schiffers in Bloesti (Rumänien) in Gefangenenschaft. Nach furchtbaren Strapazen wurde er in ein Gefangenenspital bei Saint Petres-Lonota verbracht. Die Behandlung und Verpflegung während der Heimgekehrte ist sehr trübsalig und die Arbeit dort als eine äußerst schwere. Nur in der letzten Zeit sei eine geringe Verbesserung ihres Loses zu verzeichnen gewesen. Wünschen wir unserem Landsmann, er möge sich in seinem traurigen Heim und Familie wieder glücklich fühlen und gut erholen von seinem traurigen Schicksal.  
Heerespferde für die Landwirtschaft. Zwischen dem Reichswirtschafts- und dem Reichswehrministerium finden Besprechungen statt, die sich durch die Abgabe der durch die Heeresveränderung frei werdenden Pferdebestände bezogen. Es wurde vereinbart, daß bei Verteilung dieser Pferde in erster Linie nach Möglichkeit solche landwirtschaftlichen Betrieben berücksichtigt werden sollen, die bei der Verletzung der gemäß dem Friedensvertrag an die Entente abzugebenden Pferde herangezogen wurden. Man hofft, auf diese Weise die schädlichen Wirkungen der Pferdeabgabe an die feindlichen Mächte herabzumildern.  
Aus dem übrigen Württemberg.  
Der Redarканал.  
Stuttgart, 16. Jan. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In mehrwöchigen Verhandlungen zwischen Vertretern des Reichsverkehrs- und Reichsfinanzministeriums und Vertretern der Regierungen von Württemberg, Baden u. Hessen unter Zuzugung des Süddeutschen Kanalvereins u. der Stadtvorstände der Redarstädte sind alle grundlegenden Fragen der Redarkanalisierung eingehend erörtert und soweit geklärt worden, daß die baldige Inangriffnahme des großen Kulturwerks als wahrscheinlich bezeichnet werden kann.  
Stuttgart, 16. Jan. Ueber die Forderungen der Verbände der landwirtschaftl. Arbeiter auf Erhöhung der Tariflöhne haben heute bei der Zentralkasse für die Landwirtschaft unter Leitung des Oberregierungsrat Häfner Verhandlungen stattgefunden zwischen den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Es wurde dabei eine Einigung in der schon mitgeteilten Weise erzielt, wonach die Arbeiter ohne Verpflegung 70%, die Arbeiter mit voller Verpflegung 40% Zuschlag erhalten und die Altersgrenze

für die Höchstlöhne auf das vollendete 20. Lebensjahr herabgesetzt werden. Die Vertreter der Arbeitgeber haben sich die Zustimmung ihrer Verbände vorbehalten.  
Horb, 16. Jan. In seiner gestrigen Sitzung hat sich der Gemeinderat mit dem Plan der Regierung, das Oberamt Horb aufzulösen und dem Oberamt Freudenstadt zuzuteilen, befaßt. Man war einstimmig gegen diesen Plan aus politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen. Beschlossen wurde, sich mit den Landgemeinden des Bezirkes ins Benehmen zu setzen und dann durch eine Abordnung bei der Regierung vorstellig zu werden. Die ebenfalls bedrohten Oberämter Sulz und Rottenburg haben einen solchen Schritt zur Abwehr noch nicht getan.  
Kottweil, 16. Jan. Nach oberflächlicher Schätzung wurden etwa 10000—12000 Festmeter Holz im Stadtwald vom Sturm geworfen. Durch diesen Massenverlust an Holz, der viel Brennholz und Reisig liefert, wird wohl der Brennholznot für die nächsten Jahre gesteuert werden können, allein für die kommenden Jahre wird die Holzverforgung sich umso schwieriger gestalten.  
Herrenberg, 17. Jan. In der Stadt geht seit einigen Tagen das falsche Gerücht, daß der frühere Geschäftsführer beim Kommunalverband, Hildensbrand, entlassen worden sei, weil er einen Wagen faher verschoben hätte. Dieses Gerücht ist, wie von zuverlässiger und einwandfreier Seite mitgeteilt wird, völlig aus der Luft gegriffen. Hildensbrand ist auf seinen eigenen Wunsch hin ausgetreten, um eine Stelle bei der Stadt-Polizeidirektion in Stuttgart anzunehmen. Wie versichert wird, ist beim Kommunalverband, was die Zuweisung und Verteilung der Lebensmittel anlangt, alles in bester Ordnung.  
Heildronn, 16. Jan. Heute nachmittag gegen 5 Uhr sind bei Befahren zwei Wagen eines Güterzuges entgleist, wodurch die Strecke auf mehrere Stunden gesperrt war. Um 10 Uhr abends war die Strecke wieder frei. Soweit bekannt ist bei dem Unfall niemand verletzt worden.  
Legte Nachrichten.  
Die Pläne Dr. Heims.  
Berlin, 17. Jan. Der „Volksanzeiger“ hatte mit Dr. Heim über die Spaltung im Zentrum eine Unterredung. Dr. Heim erklärte von neuem, was er in Augsburg auf dem Parteitag der Bayerischen Volkspartei verkündet hatte, daß die Stuttgarter Rede Erzbergers dem Fuß den Boden ausgeschlagen hätte. Er bestritt des Weiteren, daß der Akt auf dem kommenden Parteitag des Zentrums geklärt werden könnte. Der Zentrumsparteitag ginge ihn, Heim, und die Parteien überhaupt nichts an. Schließlich erklärte Heim, daß er die bayerische Volkspartei zu einer großdeutschen Partei auszubauen den Ehrgeiz habe.  
Clemenceau durchgefallen.  
Paris, 17. Jan. Die Mitglieder des Senats haben sich gestern nachmittag versammelt, um über die Kandidaten für die Präsidentenwahl schlüssig zu werden. Bei der Abstimmung erhielten Delcandé 408, Clemenceau 389, Poincaré 14, Journé 6, Leon Bourgeois 5 und Foch 1 Stimme. Clemenceau zog nach Bekanntwerden des Ergebnisses seine Kandidatur zurück.  
Folgen des Streiks.  
Berlin, 19. Jan. Außer der Eisenbahnhauptwerkstätte in Ried hat die Regierung während des letzten Eisenbahnstreiks wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebs auch noch die Eisenbahnhauptwerkstätten in Weidau und in Mühlheim-Siehdorf, im Eisenbahndirektionsbezirk Offen, die Eisenbahnhauptwerkstätten Rippes und Aresfeld, im Eisenbahndirektions-

bezirk Rbln, geschlossen und sämtliche Arbeiter entlassen. Ferner ist den Eisenbahnarbeitern bei der Betriebswerkstätte in Kirchwey (Eisenbahndirektionsbezirk Rünster), die zuerst in passives Verhalten und dann gleichfalls in den Streik getreten waren, eine Frist zur Wiederaufnahme der Arbeit gestellt worden. Da die Arbeiter von diesem guten Willen der Verwaltung, sie weiterhin zu beschäftigen, keinen Gebrauch gemacht haben, sondern weiterhin dem Dienst ferngeblieben sind, sind sie gleichfalls entlassen worden. In all diesen Fällen hat die Regierung wie bei der Schließung der Hauptwerkstätte in Ried geglaubt, eine weitere Vergütung der Staatsgelder vor dem Volke nicht mehr verantworten zu können.  
Das Betriebsrätegesetz angenommen.  
Berlin, 19. Jan. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ist das Betriebsrätegesetz in 3. Lesung angenommen worden.  
Der Nachfolger des Reichsfinanzministers.  
Berlin, 19. Jan. Der scheidende Reichsfinanzminister Mayer schlug, wie der Dr. Partei-Korrespondenz geschrieben wird, als seinen Nachfolger den Ingenieur Wieland (einen Württemberger) vor. Seit langem sei es der Wunsch der Techniker an einer der führenden Stellen einen Mann der Praxis zu sehen. Wieland habe im Parlament die Ansprüche der Techniker wiederholt vertreten.  
Volkswirtschaftlicher Angriff auf Polen und das Baltikum.  
Anapolis, 19. Jan. (Zuspruch). „Washington Post“ meldet, daß Trotsky erklärt habe, die nächste Aufgabe der bolschewistischen Heeresstreitkräfte sei der Angriff auf Polen und die baltischen Staaten.  
Amtliche Bekanntmachungen.  
Betr. die Neuwahl der Mitglieder der Handelskammer.  
Die Neuwahl der Mitglieder der Handelskammer in Calw findet am Dienstag, den 27. Januar 1920 statt. Der Oberamtsbezirk Nagold ist in 3 Abstimmungsbezirke geteilt:  
1. Nagold mit den Gemeinden Nagold, Ebhausen, Emmingen, Halterbach, Jelshausen, Mündersbach, Oberschwandorf, Obertalheim, Röhndorf, Schietingen, Unterschwandorf, Untertalheim.  
2. Altensteig-Stadt mit den Gemeinden Altensteig-Stadt, Altensteig-Dorf, Beihingen, Bernack, Beuren, Böfingen, Ebershardt, Egenhausen, Engstal, Etmannsweiler, Fünfsbrunn, Garmweiler, Gengenwald, Simmersfeld, Spielberg, Ueberberg, Walddorf, Wart.  
3. Wildberg mit den Gemeinden Wildberg, Effringen, Gillingen, Pfondorf, Rotsfelden, Schöndronn, Sulz, Wenden.  
Abstimmungsorte sind: Nagold, Altensteig-Stadt u. Wildberg. Wahlortsteher in Nagold ist Oberamtmann Wälg, in Altensteig-Stadt Stadtschultheiß Weller und in Wildberg Stadtschultheiß Wutscher.  
Die Wahlhandlung findet auf den Rathäusern in Nagold, Altensteig-Stadt und Wildberg am 27. Januar 1920, nachmittags von 3 1/2 Uhr bis 5 Uhr statt.  
Ausgetreten haben aus der Handelskammer auf Grund von Art. 18 Abs. 2 des Gesetzes vom 30. Juli 1899 (Reg.-Bl. S. 579):  
1. Rüdiger, Hermann, Kaufmann in Herrenberg.  
2. Dreiß, Eugen, Kaufmann in Calw.  
3. Wülfel, Wilh., Julius, Fabrikant in Baiersbrunn.  
4. Schmid, Paul, Kaufmann in Nagold.  
Diese 4 Mitglieder sind durch Neuwahl auf 6 Jahre zu ersetzen.  
Die jetzt ausgetretenen Mitglieder sind wieder wählbar. In der Handelskammer verbleiben die Mitglieder:  
1. Commerel, Karl, Fabrikant in Höfen.  
2. Lutz, Karl, Wilhelm, Kaufmann in Altensteig.  
3. Sannwald, Erwin, Fabrikant in Calw.  
4. Wagner, Georg, Fabrikant in Calw.  
5. Wagner, Otto, Fabrikant in Calw.  
Nur diejenigen sind zur Teilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Wählerliste aufgenommen sind. Das Wahlrecht wird durch Abgabe verdeckter, in eine Wahlurne niederzulgender Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier sein u. dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein.  
Die Wahl, sowie die Ermittlung des Wahlergebnisses ist öffentlich.  
Nagold, den 12. Jan. 1920. Oberamt: Mü n g.

**Abgrenzung der Abstimmungsbezirke, Wahlräume, Wahlortsteher und Stellvertreter.**  
Auf Grund von § 5 der Wahlordnung für die Wahlen zur Landwirtschaftskammer vom 19. November 1919 (Reg.-Bl. S. 365) werden für die auf Sonntag den 25. Januar 1920, von vorm. 10 Uhr bis nachm. 4 Uhr anberaumte Wahl zur Landwirtschaftskammer die Abstimmungsbezirke wie folgt abgegrenzt:

Abgrenzung der Abstimmungsbezirke.	Wahlraum.	Wahlleiter.	Stellvertreter.
Nagold	Gemeindebezirk	Rathausaal	Gemeinderat Käufer
Altensteig-Stadt	"	"	Sparkassier Walz
Altensteig-Dorf	"	"	Gepfleger Kalmbach
Beihingen	"	"	Großmann
Bernack	"	"	Gemeinderat Stoll
Beuren	"	"	Gemeinderat Rühle
Böfingen	"	"	Gemeindepfleger Frey
Ebershardt	"	"	" Rentzler
Ebhausen	"	"	Gemeinderat Rau
Effringen	"	"	" Reiner
Egenhausen	"	"	" Traub
Emmingen	"	"	" Roth
Engstal	"	"	" Renz
Etmannsweiler	"	"	" Stieringer
Fünfsbrunn	"	"	" Rübler
Garmweiler	"	"	" Schwemmlé
Gengenwald	"	"	" Kalmbach
Gillingen	"	"	" Dürr
Halterbach m. Altnaufrö	Gesamt	"	" u. Landw. Bühler
Jelshausen	"	"	" Schuler
Mündersbach	"	"	" Bügenstein
Oberschwandorf	"	"	Gemeindepfleger Rübler
Obertalheim	"	"	Gemeinderat Brenner
Pfondorf	"	"	" Zint
Röhndorf	"	"	" Renz
Rotsfelden	"	"	" Grischaber
Schietingen	"	"	" Dürr
Schöndronn	"	"	Gepfleger Rauschenberger
Simmersfeld	"	"	Gemeinderat Stöckinger
Spielberg	"	"	" Schaublé
Sulz	"	"	Gemeindepfleger Stidel
Ueberberg	"	"	" Wayer
Unterschwandorf	Gesamt	"	" Reppler
Untertalheim	"	"	" Ringler
Walddorf mit Ronhardt	Gesamt	"	" Rint
Wart	"	"	" Rentzler
Wenden	"	"	" Lutz
Wildberg	"	"	" Walz
			Stadtschultheiß Wutscher



Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch sowie zur Befähigung des Befindens entnehmen. Als Entgelt gilt im letzteren Fall der Betrag, der am Ort und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern bezahlt zu werden pflegt. Von der allgemeinen Umsatzsteuer nach dem Satze von 5 u. T. sind diejenigen Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahr nicht mehr als 3 000 M beträgt. Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch genommene Steuerfreiheit ist jedoch erwünscht. Für die Befreiung von Luxusgegenständen besteht keine besondere Befreiung.

Die Nichterreichung der Erklärung zieht eine Ordnungstrafe bis zu 150 M nach sich. Das Umsatzsteuergesetz bedroht diejenigen, die über den Betrag der Entgelte wesentlich unrichtige Angaben machen und vorzüglich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuererstattungsanspruch geltend macht, mit einer Geldstrafe bis zum zwanzigfachen Betrage der geschätzten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 M bis 100 000 M ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vorbrüche zu verwenden. Sie werden von den Aufnahmebeamten kostenlos verabfolgt.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vorbrüche zu einer Erklärung nicht ausgereicht sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch Nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnis des Umsatzsteueramts, die Veranlagung auf Grund schätzungsweise Ermittlung vorzunehmen. **Altensteig, den 15. Januar 1920.**

Bezirkssteueramt: R.-B. Dr. F. I.

## Einschränkung des Verbrauchs elektrischen Stromes.

Infolge Beeinträchtigung der Kohlenzufuhr durch Hochwasser auf dem Rhein u. durch Eisenbahnerstreik ist die Belieferung unseres Werkes mit Kohlen unterbunden. Wir sind daher, da uns Kohlenreserven nicht zur Verfügung stehen, lediglich auf die Wasserkraft der Nagold angewiesen, die aber bei günstigstem Wasserstand nur etwa die Hälfte der Lichtbelastung zu decken vermag.

Es wird daher auf Grund der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenversorgung vom 9. September 1919 für die nächste Zeit angeordnet:

- 1) Die Straßenbeleuchtung darf bis auf weiteres nicht eingeschaltet werden.
- 2) In der Zeit von 5-7 1/2 Uhr morgens u. 5-10 Uhr abends darf kein Motor, weder für Industrie, Gewerbe noch für landwirtschaftliche Zwecke in Betrieb genommen werden, auch wenn den Tag über infolge von Störungen oder Einschränkungsmaßnahmen kein Strom geliefert wurde.
- 3) In den Privathaushaltungen ist die Beleuchtung auf das Notwendigste zu beschränken; vor allem soll in Ställen und Scheunen während der Sperrzeit für Motoren auch kein Licht gebraucht werden.
- 4) In Gastwirtschaften ist die Beleuchtung weitgehendst einzuschränken; insbesondere soll an mehrstimmigen Beleuchtungskörpern nur eine Lampe gebrannt werden. Die überflüssigen Lampen sind zu entfernen.

Sollte trotz aller sehr ergangenen Maßnahmen keine Einschränkung in der Abnahme elektrischer Energie erfolgen, so wird die während der Tageszeit zweimal wöchentlich festgesetzte Kraftstromsperrzeit auch auf den Lichtbetrieb ausgedehnt. Bei Verstößen gegen Pos. 2 wird ohne Verwarnung der Strom auf die Dauer von 6 Tagen entzogen, auch können auf Grund der genannten Verfügung Sondergebühren eingezogen werden.

Station Teinach, den 16. Jan. 1920. 248

### Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach Station (G. E. L.)

#### Bezirksarbeitsamt Calw.

(Für die Oberamtsbezirke Calw und Nagold.)  
Fernsprecher No. 109. Lederstraße 161.

- |                         |                          |
|-------------------------|--------------------------|
| Belucht werden:         | Stellen suchen:          |
| 2 Antog. Schweißer      | 1 Bäcker.                |
| 1 Maler.                | 1 Bauhilfsarbeiter.      |
| 1 Weiber.               | 1 Fabrikarbeiter.        |
| 2 Pferdeknächte.        | 2 Hilfsarbeiter.         |
| 1 Stenotypistin.        | 1 Tagelöhner.            |
| 3 Dienstmädchen.        | 2 Schuhmacher-Lehrlinge. |
| 2 landw. Dienstmädchen. | 1 Hilfsmonteur.          |
|                         | 1 Schneiderlehrling.     |

Die Arbeitsvermittlung erfolgt mündlich. Das Arbeitsamt ist geöffnet wie folgt:

Montag bis Donnerstag: 8-12 und 2-6 Uhr

Freitag: 8-1 und 2-6 Uhr, Samstag: 8-12 Uhr.

Rebungen werden auch von unserer Nebenstelle in Nagold Herrenbergstr. 19, Fernsprecher Nr. 80, entgegengenommen. **Calw, den 16. Jan. 1920.** 251

Verwalter: Proß.

### Forstpreis-Liste für 1920

soeben erschienen und vorrätig bei

G. W. Zaiser, Nagold.

### Ende für sofort nach Pforzheim ein tüchtiges Mädchen

für Küche und Hausarbeit, das kochen kann, im Alter von etwa 20 Jahren. Näheres sagt die Geschäftsstelle d. Blattes. 226

### Bekanntmachung.

Süßstoffmarken, die am Kartenabgabetag erst nachmittags zur Stelle waren, können für die Familien K-R nachträglich beim Nahrungsmittelamt abgeholt werden. **Nagold, 17. 1. 20.**

243 Stadtschulth.-Amt.

Für tagsüber wird ehrliches

### Mädchen

gesucht bei sehr guter Bezahlung. 214

Näheres durch die Geschäftsstelle des Gesellsch.

## Schwabenspende für Auslandsdeutsche.

Sein Kriegsende lehrten Tausende heimatlos gewordener Volksgenossen in die Heimat zurück, beraubt ihrer Existenz und ihres Eigentums. Von allen Mitteln entblößt, brauchen sie in bitterster Not unsere Hilfe. Reichthümer kann angesichts der traurigen Finanzlage unseres Vaterlandes nur unzureichend sein. Rasche freiwillige Liebesbeiträge muß eingreifen, um diese Pioniere des Deutschland durch die Heimat wieder aufzurichten und zu stärken, damit sie mit neuem Eifer und mit neuer Schaffensfreude deutsches Ansehen und deutschen Einfluß im Auslande wieder zur Geltung bringen.

Der Oberamtsbezirk Nagold wird sich von diesem Hilfswerk nicht ausschließen und auch hier seinen so oft bewährten Opfermut betätigen. 246

Der Bezirksausschuß:

Seminaroberlehrer Bachteler, Stadtschultheiß Walter, Oberamtmann Müng, Landtagsabgeordneter Schaidle, Stadtpfarrer Dr. Schirrer, Schulrat Schott.

Gesammelte Gaben wollen auf das Konto „Schwabenspende“ bei der Oberamtskassiererei Nagold überwiesen werden.

## Gold- u. Silber-Münzen

kauft jedes Quantum und zahlt für

ein 20 Markstück 220 Mk.  
eine Silbermark 6 Mk.

und für alles andere Silbergeld das Gleiche.

235 **Victor Rehm, Goldwarenfabrik, Pforzheim.**

**Lorenz Luz jr. Altensteig**  
TELEFON 110-115  
Spezialhaus für Jagdgerätschaften.

Doppelrevolver - Büchsenflinten.  
Drillinge.  
Pirsch- und Scheibengewehre  
Revolver u. Mehrladerpistolen.  
Taschungs.  
Luftgewehre u. Zimmerstutzen.  
allerlei Munition.

Rückläufige Jagdflinten, Jagdtöcke, Gamaschen, Jagdgelassen, Wildleder, Nocklinge, Feinbestecke, Kochgeschöpfe, Feuerzeuge u. s. w. - Mäßige Preise!

Solide Arbeit!

## Tafellobst

kauft und verladet am Mittwoch, den 21. ds. Mts. den letzten Waggons. Wer noch abzugeben hat, kann solches an Güterbahnhof bringen den Zentner zu 45 Mk. 252

**Reck u. Reule.**  
50 Stück neue farbige

## Frauen-Hemden

(Friedensware) und 30 Paare weiße leinene

## Strümpfe

verkauft im Auftrag 219

**Christian Herter, Edhausen**  
Telefon 17.

## Dienst-Mädchen,

das schon gedient hat, nicht unter 18 J., auf 1. oder 15. Februar gesucht von Frau Berg-Rotar Feucht in Calw. 250

Statt Karten:  
**Magda Köbele**  
**Heinrich Buddeberg**  
Verlobte  
Nagold  
Januar 1920.

## Freie Schreinerinnung Nagold.

Das uns zugewiesene Eckdiel kann nun bei der Firma Berg & Schmid hier von den Mitgliedern abgeholt werden. 244 Gabel.

Der in Vorbereitung befindliche

## Katalog der Volksbibliothek Nagold

soll mit einem

## = Inseratenteil =

ausgestattet werden. Der Katalog wird in allen hiesigen Familien und auch in auswärtigen Eingang finden, sobald dem Geschäftsmann die Möglichkeit zu einer

## dauernden Reklame

bei einmaligem Aufwand geboten ist.

Die Inseratenfläche ist etwa 12/17 cm groß und beträgt der Preis für

1/2 Seite 50 Mark  
1/4 " 28 "  
1/8 " 15 "

Wir laden die hiesige und auswärtige Geschäftswelt zur Inseration in dem Katalog ergeben ein und bitten, uns die Texte der Anzeigen bis spätestens 1. Febr. einfinden zu wollen.

**G. W. Zaiser**  
Verlag des „Gesellschafter“,  
Nagold.

Gesundes, kräftiges Vieh  
nur durch  
**PoroX**

Tierärztlich empfohlen. Verlangen Sie heute noch die für jeden Viehhalter indifferentsen Brodmittel.  
Verkaufsstellen durch Plakate erkennbar, wo nicht zu haben, werden die nächstgelegenen Depots nachgezogen durch den allein. Fabrikanten  
**Just. Müller, Chemische Fabrik, Stuttgart u. Herrlingen**  
Hauptbüro: Stuttgart

Generaldepot für Bayern, Württemberg u. Hohenzollern: Südd. Handelskontor Geisler & Co., Kempten i. Allg. Telegr.-Adresse „Hako“ Fernspr. Nr. 467. M 6

1527  
Alle Musik-Instrumente, für Haus und Orchester, von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empfiehlt in reichster Auswahl  
**Musikhaus Gurth, Pforzheim**  
Loepoldstr. 17  
Arkaden Kleinsch. Roßbrücke.  
Ankauf abgespielter Schallplatten und Bruch pro Platte M. 2.—  
Reparaturen und Stimmen in eigener Werkstätte.  
Eine bereits noch neue  
**Wiener Ziehharmonika**  
zweireihig  
seht dem Verkauf aus.  
242 **Gottlob Vacher, Hatterbach.**

1841  
„Famos“  
der neue Handpflug  
D.R.G.M.  
Preis 8 Mark.  
Darf bei keinem Landwirt, Gärtner und Gartenbesitzer fehlen.  
In bezug bei  
**Paul Beck Altensteig.**  
Tele. Nr. 1841  
**H. Wolfram, Glatten.**

In kaufen gesucht eine gut erhaltene  
**Hobelbank**  
mit Werkzeug.  
Angebote mit Preisangabe sind unter A. 245 zu richten an die Geschäftsstelle ds. Bl.

